

Alfred Bastecky

Die Unabhängigen im ÖGB

3

Politik und Zeitgeschehen



Politik und Zeitgeschehen 3

Die Unabhängigen im ÖGB

Alfred Bastecky

Die Unabhängigen im ÖGB

„Vielfalt ist nicht die Mehrzahl
von Einfalt“

VOGB

AK

ÖSTERREICH

Dieses Skriptum ist für die Verwendung im Rahmen der Bildungsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaften und der Kammern für Arbeiter und Angestellte bestimmt.

Inhaltliche Koordination:
Peter Autengruber

Stand: April 2009

Impressum:
Layout und Grafik: Walter Schauer
Umschlaggestaltung: Kurt Schmidt
Cartoons: much
Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien
© 2009 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien
Herstellung: Printservice
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Printed in Austria

INHALT

Vorbemerkung	7
Die Unabhängigen im ÖGB	8
Der mühsame Weg zur Fraktionsanerkennung	8
Die Vorgeschichte	9
Politische Rahmenbedingungen der UG-Gründung	9
Die „Eurokommunisten“ in der KPÖ	9
Die Frage der Autonomie und der 21. August 1968	9
Die „68er“ und die Gewerkschaften	10
Von der kritischen Sozialarbeit zur Alternative zu den Parteifraktionen	12
Die Österreichische LehrerInnen-Initiative	14
Wie alles anfing: „Alle unter einem losen Dach“	16
Die „Säulen“ der UG	21
Das Prinzip „Parteiunabhängigkeit“	23
Die AUGE/UG	23
Die KIV/UG	29
Die UGÖD	36
Wer ist „we4you/UG“?	38
UG Vida	41
Fotogalerie: UG aktiv	45
Die Plattform der UG	46
Adressen	48
Fernlehrgang	51

VÖGB-/AK-Fernlehrgang

Der Fernlehrgang ist für alle, die nicht an gewerkschaftlichen Seminaren teilnehmen können, gedacht. Durch den Fernlehrgang bietet der ÖGB die Möglichkeit, sich gewerkschaftliches Grundwissen im Selbststudium anzueignen. Teilnehmen können gewerkschaftliche FunktionärInnen der Arbeitnehmervertretung und interessierte Gewerkschaftsmitglieder. Die Skripten können auch als Schulungsmaterial für Seminare und Vorträge verwendet werden.

● Wie nehme ich teil?

Es sind keine besonderen Vorkenntnisse nötig, einfach anrufen oder E-Mail senden. Die Abwicklung erfolgt per Post oder E-Mail, Anpassung an individuelles Lerntempo – ständige Betreuung durch das ÖGB-Referat für Bildung, Freizeit und Kultur. Die Teilnahme ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. Nach Absolvierung einer Skriptenreihe erhält der Kollege/die Kollegin eine Teilnahmebestätigung.

● Was sind Themen und Grundlagen?

Über 100 von Spezialisten gestaltete Skripten, fachlich fundiert, leicht verständlich, zu folgenden Themenbereichen: • Gewerkschaftskunde • Politik und Zeitgeschehen • Sozialrecht • Arbeitsrecht • Wirtschaft-Recht-Mitbestimmung • Internationale Gewerkschaftsbewegung • Wirtschaft • Praktische Gewerkschaftsarbeit • Humanisierung-Technologie-Umwelt • Soziale Kompetenz

Zudem übermitteln wir gerne einen Folder mit dem jeweils aktuellen Bestand an Skripten und stehen für weitere Informationen zur Verfügung.



Auf der ÖGB-Homepage findet sich ebenfalls eine Übersicht der Skripten:
www.voegb.at/skripten

● Informationen und Bestellung der VÖGB-/AK-Skripten

Für die Bestellung ist Kollegin Margarita Skalla (ÖGB-Referat für Bildung, Freizeit, Kultur, 1010 Wien, Laurenzerberg 2)

zuständig:

Tel. 01/534 44/444 Dw.

Fax: 01/534 44/100 444 Dw.

E-Mail: margarita.skalla@oegb.at

Kollegin Katharina Painer ist für inhaltliche Fragen zu kontaktieren:

Tel. 01/534 44/417 Dw.

E-Mail: katharina.painer@oegb.at

VOGB

Vorbemerkung

Der Auftrag des ÖGB-Verlages war klar: ein Skriptum über die „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ soll verfasst werden. Länge: 100.000 bis maximal 120.000 Zeichen inklusive Leerzeichen.

Problematischer war schon der informelle Zusatz: „Fad soll's nicht werden!“ Und: „Es darf nicht den Charakter einer Propagandabroschüre haben!“

Wie macht man das? Ist doch die Kritik an der ÖGB-Politik, an den ÖGB-Strukturen und am Fraktionismus Ausgangspunkt und Triebfeder des Entstehens aller beteiligten Gruppierungen. Dazu kommt noch meine persönliche „Befangenheit“ als ehemaliger Vorsitzender der „Fraktion Unabhängiger GewerkschafterInnen“ im ÖGB.

Darüber hinaus hatte ich nicht den Anspruch, als neutraler „Hobby-Historiker“ eine scheinwissenschaftliche Arbeit abzuliefern. Ich habe mich deshalb überwiegend an Originaltexte der „UG-Säulen“ gehalten, ergänzt durch Cartoons und Beispiele von Aktivitäten, die den etwas anderen Charakter der „Alternativen“ im ÖGB illustrieren sollen.

Speziell danken will ich Heidrun Pirchner für die Überlassung ihrer Arbeit „25 Jahre LehrerInnen-Initiative: Woher kommen wir, wohin gehen wir?“

Ich hoffe, damit einen Beitrag zur Bekanntmachung weitgehend unbekannter Gefilde des großen Gewerkschaftsbundes geleistet zu haben. Und wenn damit die Debatte über die Überparteilichkeit des ÖGB befördert wird – umso besser. Ganz ohne Propaganda!

Alfred Bastecky



Die Unabhängigen im ÖGB

Der mühsame Weg zur Fraktionsanerkennung

Die Entstehung autonomer und fortschrittlicher Gewerkschaftsgruppierungen, ihr Zusammenschluss als „UG im ÖGB“ und schließlich die Anerkennung dieses Bündnisses als Bundesfraktion des ÖGB im Herbst 1997 gehören wohl zu den nachhaltigsten Ereignissen im Gewerkschaftsbund seit 1945 – wenn man einmal von der BAWAG-Krise und ihren Folgen absieht.

Die UG ist heute die drittstärkste Fraktion im ÖGB, anerkannt nicht nur im zentralen ÖGB, sondern auch von einigen Landesorganisationen und Einzelgewerkschaften. Unrühmliche Ausnahme: die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), die der UGÖD trotz Erfüllung aller Kriterien und mehr als 16.000 Stimmen bei Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen die Fraktionsanerkennung verweigert.

Der Weg von der Konstituierung der UG bis zum Anerkennungsbeschluss durch den Bundesvorstand dauerte volle zwei Jahre. Haupthindernis war die Entscheidung der UG für ein „loses Dach“ statt einer zentralistisch geführten Organisation mit ausgeprägten Durchgriffsrechten auf alle Untergliederungen. Bereichsautonomie ist ein wesentliches Merkmal aller UG-Säulen. Dem Vereinsrecht wurde mit einem richtigen Vorstand Rechnung getragen. Tatsächlich stellt die Verbindung unter den UG-Gruppierungen ein „Koordinationsausschuss“ her, der monatlich tagt und die gemeinsamen Aktivitäten plant.

Als Beispiel für die unterschiedlichen Auffassungen im Vorfeld der Fraktionsanerkennung möge ein Auszug aus einem Brief des damaligen Leitenden Sekretärs des ÖGB, Karl Drochter, dienen:

„... Dabei wurde festgestellt, dass es für eine Anerkennung dieser rechtlichen Konstruktion sowohl Pro-Argumente als auch Kontra-Argumente gibt.

Gegen eine Anerkennung sprechen im wesentlichen folgende Argumente:

- *BR und PV-Kandidaten kandidieren für die Einzelorganisation und nicht für die UG (also z.B. für die KIV und nicht für UG). Daran ändert auch das zusätzliche Kürzel UG nach der Bezeichnung KIV nichts.*
- *Der Integrationsgrad der Organisation UG ist nicht sehr hoch.*
- *Die Bereichsautonomie der einzelnen Gruppen ist im UG-Regulativ ausdrücklich angeführt.*
- *Einstimmigkeitsprinzip: Bundesweites Vorgehen der UG kann durch einzelne Organisationen bzw. sogar durch eine einzelne Person verhindert werden.*

*Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Karl Drochter ...”*

Die Vorgeschichte

Politische Rahmenbedingungen der UG-Gründung



Die „Eurokommunisten“ in der KPÖ

Die „Gewerkschaftliche Einheit“ (GE) hatte zwar nach der Gründung des ÖGB 1945 die „Überwindung der Fraktionen“ auf ihre Fahnen geschrieben, tatsächlich agierte sie über weite Strecken als Parteifraktion der KPÖ. Die Gewerkschaftsfraktion sollte als „Transmissionsriemen“ für die Durchsetzung der politischen Interessen der Partei wirken. Mit den Reformtendenzen in einigen europäischen Ländern, grob als „Eurokommunismus“ bezeichnet, geriet auch die Transmissionstheorie zunehmend ins Wanken. Entscheidende Impulse dazu gingen von der italienischen KP und vor allem vom „Prager Frühling“ („Sozialismus mit menschlichem Antlitz“) aus.

Die Frage der Autonomie und der 21. August 1968

Die Debatte um die Autonomie der Gewerkschaftsfraktion wurde in der KPÖ lange Zeit heftig geführt. Aber erst der Einmarsch der Sowjetunion in der Tschechoslowakei und der Ausschluss führender Funktionäre der GE führte zur Trennung und zur Entstehung der unabhängigen „Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit“. Untertitel: „links & unabhängig“.

Die KP-Gründungsfraktion nannte sich fortan „Gewerkschaftlicher Linksblock“ (GLB), eine Bezeichnung, die viele Jahre vom ÖGB nicht offiziell anerkannt wurde. An der Tür des GLB-Sekretärs stand beharrlich über dem Namen „Kommunistische Fraktion“.

Kolleginnen und Kollegen der neuen, unabhängigen „Gewerkschaftlichen Einheit“ fungierten jahrelang als „LehrmeisterInnen“ einer ganzen Generation von alternativen GewerkschafterInnen. Der Paradigmenwechsel von der Forderung nach Überwindung der Fraktionen zur Mitwirkung an den Verhandlungen über eine Fraktionsordnung des ÖGB machte den Weg frei zur späteren Beteiligung am Projekt „Unabhängige GewerkschafterInnen“. Die GE benannte sich zunächst in „GE-Alternative GewerkschafterInnen“ und schließlich in „Alternative und Grüne GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG) um und ist somit die älteste Säule der UG.



Die „68er“ und die Gewerkschaften

Die Protestbewegung von 1968, häufig verkürzt auch als Studentenbewegung bezeichnet, wurde in erster Linie von Angehörigen der Mittelschicht getragen. Ausgehend von den Studenten- und Schülerprotesten der „68er“ wirkte ihr Engagement auch im Sinne einer Wertebewegung.

Die Tatsache, dass sich die 68er-Bewegung in zuweilen unversöhnlich gegenüberstehende Strömungen spaltete, muss auch für die Mitbestimmungsfrage berücksichtigt werden. Ein Teil schrieb sich den „Marsch durch die Institutionen“ auf die Fahnen und engagierte sich verstärkt in Parteien und Verbänden, die dadurch einen beachtlichen Mitglieder- und Beteiligungszuwachs verbuchen konnten.

Ein anderer Teil wandte sich den „neuen sozialen Bewegungen“ zu und unterstützte damit neue Formen von Mitsprache und Direktbeteiligung, jenseits der etablierten gesellschaftlichen Kräfte. Dieser Wertewandel machte auch vor den Gewerkschaften nicht halt – am ausgeprägtesten wohl in Deutschland.



Die Entstehung alternativer Gewerkschaftsgruppierungen in Österreich in den 70er und 80er Jahren war wohl eine verspätete Folge des Jahres 1968. Ihre AkteurInnen kamen aus verschiedensten Initiativen, Wohngemeinschaften, waren in Jugendorganisationen wie VSM (Sozialistische Mittelschüler) oder FÖJ (Freie Österreichische Jugend), diversen so genannten K-Gruppen und Berufsfeldprojekten. Ihre Erfahrungen mit den hierarchischen Strukturen in Schulen, Universitäten, Betrieben und Institutionen des öffentlichen Dienstes forderten zunehmend Widerstand heraus.

Zurück zu Deutschland. Es war der 1969 neu gewählte Bundeskanzler Willy Brandt, der bereits in seiner Antrittsrede deutlich machte, dass er den Geist der neuen Zeit, veränderte und verstärkte Formen der demokratischen Mitsprache, als wesentlichen Teil seiner Politik verstand:

„Wir wollen mehr Demokratie wagen. [...] Wir werden darauf hinwirken, dass [...] jeder Bürger die Möglichkeit erhält, an der Reform von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. [...] Mitbestimmung, Mitverantwortung in den verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft wird eine bewegende Kraft der kommenden Jahre sein.“

Mitbestimmung war ein existenzieller Bestandteil des sozialliberalen Reformprojektes. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und der Verabschie-

derung des Mitbestimmungsgesetzes 1976 konnte dieses Programm politisch umgesetzt werden, wenn auch mit vielen Abstrichen.

„Mehr Demokratie zu wagen“, war ein allgegenwärtiger Slogan. Basis-Protteste wie der September-Streik unter der Losung „Studenten und Arbeiter gehören zusammen“ veranschaulichen auch den Wunsch der Mitglieder nach mehr Mitspracherechten bei innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozessen.



Von der kritischen Sozialarbeit zur Alternative zu den Parteifraktionen

„30 Jahre Eintagsfliege“ feierte 2008 der „Namenslistenverbund Konsequente Interessenvertretung“ in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – in Anlehnung an die prophezeite Kurzlebigkeit einer unabhängigen Namensliste durch die GdG-Führung im Jahr 1978.

Heute ist die KIV/UG zweitstärkste Fraktion der GdG in Wien und Mehrheitsfraktion in einigen Dienststellen, vor allem im Sozialbereich.

Die InitiatorInnen kannten sich aus der Lehranstalt für gehobene Sozialberufe, wo sie erstmals eine gesamtösterreichische Studierendenvertretung ins Leben riefen. Kritik an den „sozialen“ Institutionen und ihrer Politik fanden schon in der Schülerzeitung ihren Niederschlag.

Klassiker unter den „Fachbüchern“ war die so genannte grüne Bibel: „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“. Die „sozialistische Berufsfeldperspektive“, in diesem Büchlein propagiert, erwies sich als ziemliche Illusion. Das wurde spätestens beim Eintritt in das reale Berufsleben klar.

Es folgten Bemühungen um strukturelle Veränderungen in den Institutionen des Öffentlichen Dienstes (Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt). Zielsetzungen wie „Abbau von Befehlshierarchien“, „Mehr Teamarbeit“ u.ä. scheiterten nicht selten am Widerstand etablierter Gewerkschaftsfunktionäre.



Die Zeitschrift „betrifft: Sozialarbeit“ war der Hierarchie regelmäßig ein Dorn im Auge. Eine „Zensurbestimmung“ in der Geschäftsordnung des Magistrats der Stadt Wien, wonach Texte, die irgendwie den Gemeindedienst betrafen, vor der Veröffentlichung dem Magistratsdirektor zur Genehmigung vorzulegen seien, führte zu einem größeren Konflikt, der sogar vor dem Arbeitsgericht landete, was letztendlich diesen Zensurparagrafen zu Fall brachte.

Gewerkschaftskritische Kommentare in der Zeitschrift bS („Vom Kopf auf die Füße stellen!“) deuteten die Wende zum gewerkschaftlichen Engagement an.

1978 wurde in einem Saunakeller in Hernals die „Namensliste für konsequente Interessenvertretung“ mit einer Mischung aus Euphorie und Bangen vor den unabsehbaren Folgen eines solchen „basisrevolutionären“ Experiments im „Roten Wien“ aus der Taufe gehoben.

Zeithintergrund

Die Erfahrung parteiunabhängiger, verschiedene Weltanschauungen überbrückender Zusammenarbeit von Menschen, um gemeinsame Ziele zu erreichen, kam aus der Aufbruchsstimmung der 70er Jahre. Der Zeitgeist war ein so anderer als heute, kaum vorstellbar. Da gab es einen gesellschaftlichen Diskurs über wichtige politische Themen, gepflegt von politisch Verantwortlichen und vorangetrieben von kritischen Bewegungen, Bürgerinitiativen, Basisgruppen, vom linken Rand bis hinein in katholische Organisationen, z. B. Katholische Hochschuljugend oder Katholische Sozialakademie. Verständlich wird das aus der Vorgeschichte: mit Bildungsthemen als ideologisches Zugpferd war die SPÖ Anfang der 70er Jahre in ihren Wahlkampf und dann in ihre Alleinregierung gegangen. Viele Gedanken der „68er Bewegung“ haben sich in diversen gesellschaftlichen Bereichen niedergeschlagen, wurden in Medien und Fachpublikationen diskutiert, nicht nur im intellektuellen Elfenbeinturm, sondern auch an den Arbeitsplätzen.

Der Glaube an die positive Veränderbarkeit der Gesellschaft hatte auch viele LehrerInnen in neuen sozialen Bewegungen aktiv werden lassen, in der Frauenbewegung, der „Dritte-Welt-Bewegung“, der Anti-Atomkraft-Bewegung, der Ökologiebewegung, Alternativbewegung, Friedensbewegung, in Bürgerinitiativen, bei der Arenabesetzung und im Kampf um autonome Jugendzentren. Diese Erfahrungen haben optimistisch gestimmt: so können traditionelle Grenzen und Trennendes überwunden werden. Der Zwentendorf-Erfolg war das ermutigendste Beispiel.

Solche Initiativen wurden nun auch im Schulbereich versucht. In einigen Bundesländern entstanden Arbeitskreise: in Salzburg suchten LehrerInnen den Kontakt mit Eltern und SchülerInnen für pädagogische Veränderungen; in einer Wiener Gruppe und manchen Bundesländergruppen stand die Gewerkschaftsarbeit im Zentrum; man wollte Strukturen und Innenleben des „hierarchischen, versteinerten Großvereins“ kennenlernen, auch als „einfaches“ Mitglied mitarbeiten. Andere publizierten eine „Lehrerzeitung“, die Berichte von Schulen sammelte und Rahmen für Erfahrungsaustausch der unabhängigen „Namenslisten“ sein wollte, die es bereits an etlichen Schulen bei Personalvertretungswahlen gab. Dass Parteipolitik bis in die einzelne Schule hineinregierte (Direktorenbestellung, Ernennung von Kustoden oder Vergabe anderer Funktionen, Unterdrückung von Kritik, „Genehmigung“ von Kandidaten bzw. Personalvertretern durch die DirektorInnen ...), prägte nicht nur an vielen Schulen eine autoritäre Atmosphäre, sondern behinderte oft zeitgemäße, sachliche Arbeit.



Durch selbst organisierte Fortbildungsseminare wollte man pädagogisch innovativ wirken, man eignete sich gruppenpädagogische Methodik und soziologische oder gruppendynamische Analytik der Schulorganisation an. Vielleicht waren es die Waghalsigsten, die mit Eltern Kindergruppen und Alternativschulen gründeten. Diese „bunte“ kritische LehrerInnenszene wollte also vieles ändern oder zunächst einmal aufzeigen, andere zum Aktivwerden ermutigen: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“ Noch war das antiautoritäre Ideal präsent. Wer gesellschaftlich etwas verändern wollte, sollte sich entsprechend den neuen Wertvorstellungen verhalten, nicht auf Politiker und Funktionäre warten, sondern selbst denken und handeln, politische Arbeit mit Familie und Arbeitsplatz vereinbaren.

Einfach war es nicht, wie linke SystemkritikerInnen mit ihrer prinzipiellen Verurteilung der Schule des Kapitalismus, die nur dem Kapital diene, und aus bürgerlichem oder christlichem Denken kommende KollegInnen gemeinsame Wege der Veränderung suchten. Dennoch folgte eine Reihe weiterer gesamtösterreichischer LehrerInnentreffen in Graz, Salzburg, Linz ..., mit bis zu 250 TeilnehmerInnen. Der Enthusiasmus der Aufbruchstimmung machte Toleranz und Konsens möglich. Ein Themenbereich waren immer wieder die Interessenvertretungen – Strukturen und Arbeitsweise von Personalvertretung und Gewerkschaft. Deren Geheimniskrämerei und überraschende Ergebnisse, die einem vorgesetzt wurden, waren unerträglich geworden.

Die Österreichische LehrerInnen-Initiative – ÖLI/UG

Von der Berufsfeldperspektive zur Gewerkschaftsarbeit

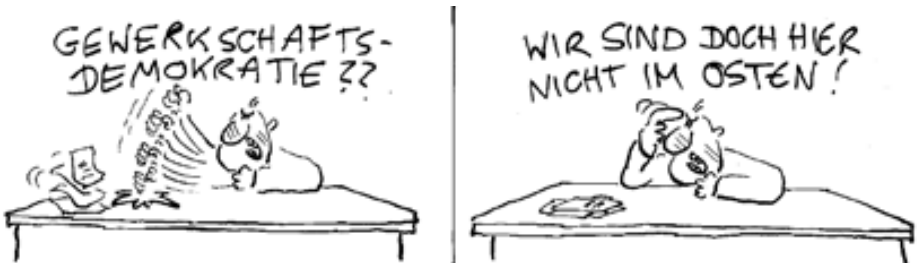
In Vorarlberg hat im Jahr 1979 alles begonnen! Die Vorarlberger LehrerInnen-Initiative kandidierte erstmals 1979 bei den Personalvertretungswahlen zum Fachausschuss – mit großem Erfolg. Außerdem gab es bereits an verschiedenen Schauplätzen eine unruhige LehrerInnen-Szene. Die mit den ewig-gestrigen Verhältnissen im Bildungswesen Unzufriedenen murrten nicht nur, sondern begannen sich selbst mit Fragen auseinanderzusetzen, zu denen sonst nirgendwo Fortbildung angeboten wurde. Aus dieser Bewegung ging die Österreichische LehrerInnen-Initiative hervor, gegründet vor den PV-Wahlen 1983 beim „legendären“ Meeting im Café Westend beim Wiener Westbahnhof.



Es war also definitiv zur Gründung der ÖLI gekommen, als die eifrigsten Verfechter des Organisationsgedankens die Chance, 1983 bei den Personalvertretungswahlen zu kandidieren, nicht versäumen wollten. Das PV-Gesetz bietet eine klare demokratische Regelung, die auch neuen, kleinen Gruppen einen minderheitenfreundlichen

„Eintritt“ ermöglicht (ein damals sehr modernes Gesetz, das erst 1967 geschaffen worden war).

Eine bunte Vielfalt von Listenbezeichnungen entstand und machte den Überblick über die Zusammengehörigkeit von Gruppen schwierig – manchmal für uns selbst, aber vor allem ermöglichte das der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) lange Zeit die sture Weigerung, die Stimmen für Gesamtwahlergebnisse zu addieren. Andererseits war die Empfindlichkeit mancher regionalen Initiativen groß, womöglich durch engere Zusammenschlüsse in ihrer Autonomie eingeschränkt zu werden. Das Zusammenwachsen war daher ein längerer innerer Prozess der Vorsicht und gegenseitigen Achtung.





AUGGE

Alternative und Grüne GewerkschafterInnen /
Unabhängige GewerkschafterInnen

Wie alles anfing: „Alle unter einem losen Dach“

Die Gründungsversammlung

14. Oktober 1995, Gewerkschaftshaus Maria-Theresien-Straße. Im Großen Saal treffen einander VertreterInnen der „Gewerkschaftlichen Einheit“, der „Konsequenten Interessenvertretung“ und der „Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD“ sowie einzelne gewerkschaftlich Interessierte aus anderen Bereichen.



Tischvorlagen für einen Plattform-Text und ein Entwurf mit dem Titel „Demokratischer föderaler Zusammenschluss der UG“ waren vorbereitet worden. Dennoch war die Gründung des Bündnisses keine „ausgemachte“ Sache. Es fehlten Informationen über die Fraktionsordnungen der Einzelgewerkschaften. Dies sollte Präsident Fritz Verzetnitsch als Gast nachreichen. Zudem kamen die TeilnehmerInnen mit recht unterschiedlichen Vorstellungen über die Zielsetzung zu dieser Konferenz.

Das zeigte sich schon bei Tagesordnungspunkt 1 („Alles auf den Tisch“), wo jeweils persönliche Erwartungen auf drei Flip-Charts sichtbar gemacht wurden:

- Koordiniertes Agieren
- Starkes Netzwerk bilden (unabhängig vom ÖGB)
- Demokratisierung des ÖGB vorantreiben
- Bündnis für Aktionen (außerhalb des ÖGB) nutzen
- Namenskonformität bzw. Klärung heute?
- Info-Austausch
- Anerkennung durchsetzen => finanzielle Absicherung
- Regelmäßige Treffen

- Plattformtext. Keine Vertretungsbürokratie
- Gemeinsamkeit in der Öffentlichkeit
- Namenslisten aufsammeln
- Verbindlichkeit
- Aufmachen auch für „Fraktionelle“, die Demokratisierung wünschen
- Dachverband ODER neue Organisation
- Gemeinsame Zeitung
- Fraktion oder nicht?
- Verhältnis zu Grünen klären
- Dachverbandsgründung heute?
- Fischbacher-Papier, 1. Absatz: über die Gewerkschaft hinaus aktiv?
- „Unabhängig“ kann auch von „F“ sein

Die Diskussionen waren spannend und durchaus kontroversiell.

Bedenken gegen den Namen

Ein besonderer „Stolperstein“ war die Namensfrage. „Unabhängig“ wurde von manchen als zu „verwaschen“ empfunden. Gewerkschaftsgeschichtlich Informierte verwiesen auf fatale historische Assoziationen. 1928 wurde mit der Gründung einer von Unternehmerseite finanzierten Unabhängigen Gewerkschaft (UG) ein alarmierendes Zeichen gesetzt. Auch ökonomisch stieg der Druck auf die ArbeitnehmerInnen durch Rationalisierungsmaßnahmen. Die Gewerkschaften verzeichneten damals eine sinkende Erfolgsquote in Lohnauseinandersetzungen.

Letztendlich blieb es dennoch bei der Bezeichnung „Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie“. Ein solches Konstrukt war in Oberösterreich bereits vereinspolizeilich zugelassen. Und zahlreiche Listen im Bereich der GÖD hatten unter diesem Titel schon beachtliche Erfolge errungen. Die Gefahr, für eine „gelbe“ Gewerkschaft gehalten zu werden, erschien den meisten Anwesenden hinfällig.

Nach der Mittagspause wurden dann die wichtigsten Beschlüsse gefasst:

- Mehrheit für einen losen Dachverband
- die teilnehmenden Gruppierungen bleiben autonom
- Grüne Listen haben Platz in der UG – die GRÜNE Partei hat keine Absichten in Richtung „Parteifraktion“
- offenes Projekt, auch gegenüber den Mitgliedern der FSG
- deutliche Abgrenzung gegen rechts
- Einzelmitgliedschaft muss später diskutiert werden

- jede Liste mit einer Kandidatur als Unabhängige GewerkschafterInnen hängt an den jeweiligen Listennamen das Kürzel „UG“ an
- der Plattformtext wird mit Änderungen angenommen

Ein Koordinationsausschuss wird ins Leben gerufen, der monatlich tagt und der von allen UG-Säulen beschickt wird. InteressentInnen sind willkommen. Vereinsrechtlich fungieren Klaudia Paiha (AUGE/UG), Kurt Muck (UGÖD) und Alfred Bastecky (KIV/UG, geschäftsführend) als Vorsitzende.

Weitgehende Bereichsautonomie wird als Grundsatz formuliert. Einstimmigkeitsprinzip im Koordinationsausschuss soll „Vereinnahmungen“ hintanhaltend.



Respekt nötigte die Entwicklung der UG auch dem ÖGB ab. Seit 2007 gehört die UG-Vorsitzende, Lisa Langbein, dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes an.

Aus den UG-Dokumenten

Pensionen: lebenslänglich ...

Nun haben wir sie inzwischen bekommen, die magische Pensionsformel „45-65-80“. Jetzt jammern ÖGB und AK ob der Ungerechtigkeiten. Sie sollen nicht behaupten, sie wären nicht gewarnt worden ...

ÖGB-Bundeskongress, Oktober 2003. Die Debatte rund um die vom ÖGB vorgeschlagene „Österreichpension“ läuft. Die „Österreichpension“ sollte der Gegenentwurf zur 2003 beschlossenen Pensionsreform darstellen. Eckpunkte: Nach 45 Versicherungsjahren sollte mann/frau mit 65 Jahren mit 80 Prozent des Durchschnittseinkommens der besten 40 Jahre in Pension gehen können. In zahlreichen Debattenbeiträgen meldeten sich UGLerInnen zu Wort. Einhelliger Tenor: bildungs- und frauenfeindlich. Lange Durchrechnungszeiträume würden Frauen strukturell deutlich benachteiligen – unabhängig davon, ob nun Kinderbetreuungszeiten aufgewertet würden oder nicht.

Und die „Österreichpension“ sei bildungsfeindlich: keine Anrechnung von Bildungszeiten, egal ob Uni, Schule oder Weiterbildung. 45 Versicherungsjahre, für AkademikerInnen einfach unerreichbar. Und keine existenzsichernde Grundsicherung. Keine gerechtere Verteilung des Pensionskuchens zwischen Männern und Frauen, einkommensstarken und einkommensschwachen Gruppen. Zu regierungsnahe.

Interessensvertretung – für wen?

Auch im ÖGB-Vorstand erneuerten wir regelmäßig unsere Kritik an der „Österreichpension“, forderten eine Grundsicherung als erstes, eine Sozialversicherungspension als zweites Standbein eines rundum erneuerten, gerechteren Pensionssystems – gerade um die Armutsfalle Alter, insbesondere für Frauen, zu beseitigen, gerade um mehr Pensionsgerechtigkeit herzustellen. Unterstützung dafür gab's nur durch die Katholische ArbeiterInnenbewegung. Verzetnitsch war von der Idee einer allgemeinen Grundsicherung deutlich weniger angetan. Die weitere Geschichte ist bekannt. Eine Sozialpartnerrunde jagte die andere, heraus kam die Pensionsharmonisierung in schwarz-blau ohne Zustimmung von ÖGB und AK. Es kam, was kommen musste: 45-65-80. Und plötzlich die Entrüstung von Gewerkschaften und AK, dass diese Reform insbesondere die Frauen benachteiligen würde. Und die SPÖ sieht nun ebenfalls Junge und Frauen als die zentralen VerliererInnen dieser Reform.

Nur – was wäre wohl passiert, wäre die „Österreichpension“ angenommen worden? Hätte diese den Jungen, die in eine höhere Ausbildung investie-

ren, eine Perspektive geboten? Wären Frauen nun plötzlich die GewinnerInnen, trotz der bekannten Erwerbsverläufe, trotz der bestehenden Einkommensdiskriminierung? Mit Sicherheit nicht. Hinter vorgehaltener Hand scheint inzwischen selbst im sozialdemokratischen Lager die Einsicht eingekehrt zu sein, dass die Formel 45-65-80 vielleicht doch nicht besonders intelligent gewesen sei. Die Einsicht kommt allerdings zu spät. Inzwischen wird die durchschnittliche Frauenpension von aktuellen € 618 – nicht einmal der Ausgleichszulagenrichtsatz wird erreicht – aufgrund der neuen Regierungsvorschläge weiter sinken, PensionistIn sein wird endgültig zur Armutsfalle.

Natürlich wären bei Umsetzung des ÖGB-Modells Verluste, wie sie nun errechnet werden, geringer ausgefallen. Natürlich wollte der ÖGB die Pensionsreform 2003 rückgängig machen, eine Pensionsharmonisierung auf Basis der Reform 2003 nicht akzeptieren. Frauen und AkademikerInnen wären dennoch VerliererInnen gewesen. So geht die Kritik von ÖGB und AK an der schwarz-blauen Pensionsharmonisierung oftmals ins Leere und machen's ÖGB und AK auch ÖVP und FPÖ leicht, zu erwidern: schließlich waren die Eckpunkte 45-65-80 unwidersprochen. Schließlich blieben ÖGB und AK lange am Verhandlungstisch, obwohl die Pensionsreform 2003 für ÖVP und FPÖ nie Verhandlungsgegenstand waren.

Jetzt werden wir „lebenslanglich“, 45 Jahre Durchrechnung, bekommen. Mit Pensionsverlusten, die uns an den Rand der Armut drängen. Weil ÖGB und AK sich Ideen jenseits von 45-65-80 verweigerten, waren sie bereits in der Falle. Nun fühlen sich vor allem Junge, AkademikerInnen und Frauen verraten und verkauft. Dem ÖGB wird die Ignoranz gegenüber diesen Gruppen noch nachhaltig schaden. Vielleicht sollte die sozialdemokratische Mehrheit in ÖGB und AK einmal selbst eine breite, etwas längere Diskussion über die



Zukunft der Pensionen in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern führen. Und vielleicht sollte die sozialdemokratische Mehrheit manchmal doch auch für andere Ideen offen sein. Es sind nämlich nicht alle von Grund auf böse, die nicht aus den Reihen der SozialdemokratInnen kommen. Es sind auch nicht alle blöd, die nicht aus den Reihen der FSG kommen. Selbst wenn sie Unabhängige oder KatholikInnen sind ...

Die „Säulen“ der UG



Aus einer Rede vor der GdG-Landeskonferenz

Zwiespältiges Verhältnis

„Ich gestehe es: Ich habe in meiner politischen Jugend mit ‚Gewerkschaft‘ nichts am Hut gehabt. Ich bin dennoch mit 15 Jahren – damals noch sozialistischer Mittelschüler – der Hospitantengruppe der GPA beigetreten. Wir haben das damals alle getan, weil der seinerzeitige Zentralsekretär Josef Hindels uns politische Schulungen zu Themen finanziert hat, die uns damals interessierten. Die GewerkschafterInnen waren für uns die innerparteilichen Intimfeinde. Sie waren zu rechts, zu kompromisslerisch, zu unpolitisch – mit einem Wort: ‚Betonierer‘ und ‚Systemhalter‘. An dieser frühen Einschätzung hat sich bis heute nicht allzu viel verändert. Der Unterschied ist nur:

Ich bin irgendwie in den 70er Jahren in die Gewerkschaftsarbeit hineingeschlittert und war jetzt immerhin 28 Jahre mit allen Höhen und Tiefen als Gewerkschaftsfunktionär tätig.

Meine Probleme mit der Außenwahrnehmung dieses ‚Berufes‘ habe ich bereits beim letzten ÖGB-Kongress geschildert, einen kurzen Auszug aus dieser Rede möchte ich hier wiederholen:

Ich war in verschiedenen Berufen tätig – als Journalist, als Sozialarbeiter und schließlich als freigestellter Personalvertreter und Gewerkschafter.

Die Nennung der beiden ersten Berufe hat in der Regel bei meinem Gegenüber Neugierde und Fragen ausgelöst: Bei welcher Zeitung schreibst du? Oder: In welcher Sparte bist du als Sozialarbeiter tätig?

Bei der Nennung des letzten Berufes hörte ich oft: ‚aha‘ oder ‚ach so‘, mit einem entsprechenden Gesichtsausdruck, den ich sicher falsch interpretiert habe:

- Der lebt von uns.
- Der redet nur und tut nichts.
- Wenn's drauf ankommt, sind wir eh verraten und verkauft.
- Außerdem ist er sicher im Sold einer Partei
- und macht im Ernstfall der Regierung oder seiner Partei die Mauer.

Damals habe ich weiter gesagt:

Wenn diese Außenwahrnehmung nur mein Problem ist, dann schickt mich in Therapie. Wenn nicht, wenn auch manche von euch das Gefühl haben: unser Image ist zu Recht nicht das Beste, dann tun wir etwas für eine Veränderung. Ich will mich nicht immer klammheimlich genieren, wenn ich sage, dass ich Gewerkschafter bin. Oder unheimlich viel Erklärungsbedarf haben von wegen ‚Minderheit‘ und so.

Wenn ich sage, ich bin Gewerkschafter, dann will ich, dass die Menschen assoziieren:

- Der vertritt konsequent unsere Interessen.
- Der mauschelt nicht mit den Mächtigen.
- Der wettet nicht gegen den Sozialabbau und beschließt ihn dann im Parlament mit.
- Der ist wirklich unabhängig von allen Parteien.
- Wieso bin ich eigentlich noch nicht beigetreten?

Arbeiten wir daran, dass der ÖGB so wird, dass die Menschen in dieser Art auf ihn reagieren ...

Wohlgemerkt: Das war im Jahr 2000 – vor dem BAWAG-Skandal, vor dem großen Desaster des ÖGB. Dass sich seither die Außenwahrnehmung noch dramatisch verschlechtert hat, versteht sich von selbst.“

Das Prinzip „Parteiunabhängigkeit“

Die UG-Gruppierungen mögen noch so unterschiedlich sein, in einem sind sie sich völlig einig: ihre Parteiunabhängigkeit hat fast schon den Charakter eines „Dogmas“. Und diese Parteiunabhängigkeit verlangen sie auch vom ÖGB. Nicht nur als Lippenbekenntnis („Wir beurteilen jede Regierung danach, was sie für die arbeitenden Menschen in diesem Land tut“), sondern auch in der Realität.

Viele Gewerkschaftsmitglieder erleben diese Realität ganz anders:

ÖGB = FSG = SPÖ. Oder auch: FCG = ÖVP. Für die Unabhängigen GewerkschafterInnen ist das kein Zufall. Seit Jahrzehnten erleben die Menschen, dass ranghohe Gewerkschaftsfunktionäre, die im Parlament oder in Landtagen sitzen, allen Wünschen ihrer Partei folgen, auch wenn das der Beschlusslage in den jeweiligen Gewerkschaften diametral widerspricht. Das war so bei den diversen Sparpaketen, bei den Pensionsreformen der letzten Jahre oder bei den zahlreichen Ausgliederungen und Privatisierungen. Im Zweifelsfall zählt die Partei- und Fraktionsdisziplin allemal mehr als alle gewerkschaftlichen Positionierungen zusammen.

Daraus resultiert ein Dauerkonflikt um die Frage der „Unvereinbarkeit“ von Funktionen. Die UG hält Spitzenfunktionen in der Gewerkschaft und Sitze im Parlament und in den Gebietskörperschaften für klassisch unvereinbar. Weil der dauernde Loyalitäts- und Interessenskonflikt eine permanente Überforderung darstellt, der immer zu Ungunsten der Gewerkschaftsmitglieder ausgeht.

Die AUGE/UG



Werfen wir einen Blick auf die Selbstdarstellung der AUGE anlässlich der Arbeiterkammerwahlen 2004:

„AUGE/UG“ – was ist das?

Was du schon immer über die Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/UG wissen wolltest ...

Nach der Trennung von der KPÖ wurde die Gewerkschaftliche Einheit zu einer „Regenbogenfraktion“, in welcher sich aufmüpfige und kritische GewerkschafterInnen verschiedenster Herkunft sammelten.

Und die Sammlung ging weiter: 1996 schloss sich die GE mit anderen überparteilichen und parteiunabhängigen Gewerkschaftsgruppierungen unter dem Dach der „Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB“ (UG) zusammen. So bekamen wir die „Konsequente Interessenvertretung“ (KIV) bei den Gemeindebediensteten, die „Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst“ (UGÖD) und noch einige kleinere Gruppierungen als Schwesterorganisationen dazu. Erkennbar ist unsere „Familie“ quasi am „Nachnamen“: alle haben an ihren ursprünglichen Namen „UG“ angehängt.

Wie aus der GE/UG die AUGE/UG wurde

1997 kam es zum Namenswechsel: aus der „Gewerkschaftlichen Einheit“ wurden die „Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen“ (AUGE). Was war geschehen? Hatte die GE die eigenen Grundsätze der Unabhängigkeit über Bord geworfen und war zur Parteifraktion mutiert?



Keineswegs! Die Aufnahme des Wörtchens „Grün“ in den Namen sollte einerseits ein deutliches Signal dafür sein, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auch in der Gewerkschaftspolitik eine wichtige Rolle spielen muss. Dementsprechend bemühen wir uns auch, in allen gewerkschaftlichen Gremien und in den Arbeiterkammern immer wieder die Frage der Ökologisierung der Arbeitswelt anzusprechen.

Andererseits steht für uns „Grün“ auch für eine Idee, die Idee von sozialer Gerechtigkeit, von Umverteilung, Gleichstellung von Frauen und MigrantInnen etc. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Nach einem Parteibuch fragen wir nicht. Mitarbeiten darf jeder und jede, der/die dies will. Wer formal Mitglied sein will, muss uns dies nur mitteilen. Willst Du darüber hinaus auch noch einen kleinen Beitrag zahlen, sind wir sehr dankbar, es ist aber keine Voraussetzung zur Mitgliedschaft.

Wir Alternative und Grüne GewerkschafterInnen engagieren uns nicht nur am Arbeitsplatz, sondern wollen auch in den Gewerkschaften und Arbeiterkammern der „Stachel im Fleisch“ sein, der immer wieder soziale und ökologische Positi-

onen einfordert, die Öffnung und Demokratisierung der Gewerkschaften und Arbeiterkammern verlangt, sich für Minderheiten einsetzt etc.

Bist auch Du dabei??

Noch mehr über uns erfährst Du in unserer Broschüre „AUGE von A bis Z“ und auf unserer Homepage: www.auge.or.at

AUGE zur Finanzmarktkrise:

Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG):
Keine Staatsgarantien ohne klare Auflagen!

„Man hat den Eindruck, die Banken spielen derzeit ein munteres ‚Wünsch dir was‘ und die Regierungen kommen dem auch noch gerne nach: milliardenschwere Stützungsapakete für angeschlagene Institute, volle Staatshaftung für Bankeinlagen, welche – sollten sie selbst nur teilweise schlagend werden – eine enorme Belastung für die Staatshaushalte darstellen – alles geht plötzlich, koste es, was es wolle. Die gleiche Politik hat uns im Gegensatz dazu über Jahre hinweg erklärt – heftig akklamiert von den gleichen Spitzenmanagern, die jetzt in ihrer Panik nach mehr Staat schreien –, dass der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar ist. Die gleiche Politik hatte und hat kein Problem damit, den maroden Krankenkassen dringend notwendige Finanzspritzen zu verweigern und nach wie vor private Pensionsvorsorge und Stock-Options für Topmanager steuerlich großzügig zu fördern – und natürlich gleichzeitig zu erklären, dass öffentliche Pensionsvorsorge nicht mehr leistbar ist. Das Lügengebäude neoliberaler Politik bricht nun ein-drucksvoll in sich zusammen.“

AUGE-Antrag an die AK

Erweiterung der Kontrollrechte von Betriebsräten

Antrag 10 der AUGE/UG – Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/
Unabhängige GewerkschafterInnen zur 148. Vollversammlung der AK-
Wien am 28. Mai 2008

Betriebsratskörperschaften sind zunehmend damit konfrontiert, dass sie die Einhaltung arbeits- und sozialrechtlicher Normen für einen Teil der Beschäftigten nicht mehr überprüfen können. Dies trifft einerseits auf die vielfältigen Formen von „atypischen Beschäftigungsverhältnissen“ wie freie DienstnehmerInnen und Werkvertragsnehmende zu, aber auch auf

in- und ausländische Beschäftigte, die über Leiharbeits-, Sub- oder Tochterfirmen im Betrieb beschäftigt sind.

Insbesondere im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Übergangsfristen für ArbeitnehmerInnen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ist eine Erweiterung der betriebsrätlichen Kontrollrechte notwendig, damit sich nicht in Österreich illegale Beschäftigungs- und Ausbeutungsverhältnisse durchsetzen können und die eigentlichen Opfer dieser Verhältnisse als Bedrohung erlebt und ausländerfeindlichem bzw. diskriminierendem Verhalten ausgesetzt werden.

Daher fordert die 148. Vollversammlung der AK-Wien den Gesetzgeber auf, bis spätestens 2009 (Auslaufen der 2. Phase der Übergangsfristen für ArbeitnehmerInnen aus den 2004 der EU beigetretenen MOEL-Staaten), die gesetzlichen Voraussetzungen zu treffen, dass

- das betriebsrätliche Überwachungsrecht auf Einhaltung von Rechtsvorschriften nach § 89 Arbeitsverfassungsgesetz auch auf ArbeitnehmerInnen von Sub- oder Leih-Firmen oder von ausländischen (Tochter-) Unternehmen ausgeweitet wird;
- BetriebsrätInnen eines Betriebes volle Einsichtsrechte auch in alle Lohn-Unterlagen, Arbeitszeitaufzeichnungen, Entsendungsverträge etc. von in Österreich tätigen ArbeitnehmerInnen erhalten, insbesondere auch jener, die von Sub- oder Leih-Firmen oder von ausländischen (Tochter-) Unternehmen des Betriebes beschäftigt werden;



- das betriebsrätliche Informations- und Mitwirkungsrecht bei der Einstellung von ArbeitnehmerInnen nach §§ 98 und 99 Arbeitsverfassungsgesetz auch auf ArbeitnehmerInnen von Sub- oder Leih-Firmen oder von ausländischen (Tochter-) Unternehmen ausgeweitet wird ...

Antrag an die AK

Mindestsicherung nicht ausreichend

Antrag 7 der AUGE/UG – Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen zur 148. Vollversammlung der AK-Wien am 28. Mai 2008

Obwohl die Einführung eines bundesweiten Richtsatzes für Leistungen der Sozialhilfe bzw. der Mindestsicherung ein Fortschritt ist, bleibt der vorliegende Gesetzesentwurf unzureichend.

Die Höhe der Mindestsicherung liegt mit 747 Euro brutto bzw. 708,90 netto unter der Armutsgefährdungsschwelle nach EU-SILC. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt in Österreich auf der Datengrundlage von 2006 bei 771 Euro netto, 14-mal jährlich. Für das Jahr 2008 müsste die Mindestsicherung in etwa bei 785 Euro netto liegen, um sicherzustellen, dass MindestsicherungsbezieherInnen ein Einkommen an der Armutsgefährdungsschwelle erzielen.

Die Verwertung des Vermögens bis zu einem Freibetrag von 3.500 Euro entspricht weder der Lebensrealität der Menschen noch dem Sinn der Mindestsicherung. Zielsetzung muss es doch sein, dass Menschen, die in eine prekäre Lebenssituation kommen, diese so schnell wie möglich verbessern können. Bereits jetzt ist die Vermögensverwertung ein wichtiger Grund für die hohen Non-take-up-Raten (Nicht-Inanspruchnahme).

Sanktionierung durch Kürzung der Leistungen bis zu 50%, in gewissen Fällen auch darüber hinaus, besteht zum Beispiel bei einer behaupteten Arbeitsunwilligkeit. Wir wissen aus den Erfahrungen im AMS, dass viele Sanktionsfälle erfolgreich gegen diese Sanktion berufen. Die „gewissen Fälle“, in denen über die 50%-Kürzung hinaus eine Sanktion gesetzt wird, sind nicht weiter erläutert oder definiert. Abgesehen davon, dass diese Regelung der Willkür Tür und Tor öffnet, ist die Mindestsicherung das so genannte letzte Netz. Mindestsicherung wird im Bedarfsfall bezogen, die Höhe ist nicht Existenz sichernd. Insbesondere die Höhe der Sanktionen stellt eine Existenzgefährdung dar.

Die Finanzierung der Mindestsicherung ist nicht ausreichend gesichert. Die Nettokosten für die Länder werden für das Jahr 2009 und 2010 mit jeweils 50 Millionen Euro gedeckelt. Diese Summe reicht bei weitem nicht. Gemessen an den derzeitigen BezieherInnen sind das 25 Euro pro Person und Monat. Die so genannten Non-take-up-Fälle sind dabei nicht berücksichtigt. Das deckt nicht mal die angekündigte Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes.

Im Zuge der Verfahrensregelungen und der gemeinsamen Bestimmungen zur Mindestsicherung wird eine Reihe von Daten erhoben, weiter bearbeitet und gespeichert. Für AntragstellerInnen und BezieherInnen ist nicht nachvollziehbar, welche Daten für welche Auskünfte erhoben werden bzw. in welcher Form Daten gespeichert und zu einem späteren Zeitpunkt verwertet werden.

Die AK Wien fordert daher die Bundesregierung auf, die Mindestsicherung dahingehend auszugestalten, dass

- die Höhe der Mindestsicherung mit der Armutgefährdungsschwelle nach EU-SILC verknüpft wird, zumindest aber der Nettobetrag der Mindestsicherung in Höhe dieser Schwelle liegen muss.
- auf die Verwertung von Vermögen entweder gänzlich verzichtet oder zumindest die Freigrenze deutlich erhöht wird ...



Die Zunahme von Burn-out braucht uns nicht zu verwundern. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich einer Kultur der Überforderung und des Leistungswahnsinns verschrieben hat. Was zählt, sind die Schlagworte größer, schneller, mehr ...

Die Broschüre „Stopp Burn-out“ kann bei allen Teilorganisationen der Unabhängigen GewerkschafterInnen angefordert werden.



Die KIV/UG

Von der Schachtel unterm Bett zur unabhängigen Gewerkschaftsfraktion

KIV – ein Schreibfehler? Nein.

KIV positiv – ein Virus? Falsch.

KIV ist schlicht eine Abkürzung. Ein Kürzel für eine autonome Gruppierung in der Personalvertretung der Stadt-Wien-Bediensteten, in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und neuerdings auch in Betriebsratskörperschaften ausgliederter Bereiche, die sich bei ihrer Gründung im Jahr 1978 den ebenso treffenden wie unaussprechlichen Namen „Namensliste für konsequente Interessensvertretung“ gab.

Daraus wurde zunächst lapidar „NL“. Später firmierten wir bei den Wahlergebnissen im Gewerkschaftscomputer unter „NKI“. Mittlerweile wurde „KIV“ zum Inbegriff solider Aufmüpfigkeit im Interesse der Kollegenschaft und zur notwendigen Ergänzung der sattsam bekannten Kürzel aus Österreichs Parteienlandschaft.

Wie alles anfing ...

Die Sauna in Hernald: Anfang 1978 trafen sich an die zwanzig mit der Gewerkschaftspolitik Unzufriedene in einem Saunakeller in Hernald. Die „sozialistische Berufsfeld-Perspektive“ hatte gerade glanzvoll Schiffbruch erlitten. Statt der Revolution mit Hilfe der deklassierten Sozialhilfeempfänger stand plötzlich die Vertretung der eigenen Interessen auf der Tagesordnung. Motto: Nur wer sich selbst hilft, kann auch anderen helfen.

Das Regulativ

Das Kandidaturprojekt erwies sich als sehr schwierig. Ein Personalvertretungsgesetz gab es noch nicht. Die Agenden der Personalvertretung wurden nach dem berühmten „Figl-Erlass“ interimistisch von der Gewerkschaft wahrgenommen. Und die verweigerte beharrlich die Herausgabe von Statuten, Geschäfts- und Wahlordnungen.

Eher zufällig fand ein Kollege in einem Sozialraum des Kaiser-Franz-Josefs-Spitals eine ziemlich vergilbte Ausgabe der „Richtlinien über die Geschäftsführung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Landesgruppe Wien.“

Es war schon eine kleine Sensation, als im März 1978 beim Wahlvorstand für die Gewerkschaftswahl der Dienststelle „Soziales und Gesundheit“ ein Wahlvorschlag, lautend auf „Namensliste für konsequente Interessensvertretung“ einlangte.

Der Spitzenkandidat war SP-Mitglied und Vertragsbediensteter. Ein bisschen mulmig war sie schon, diese erste Kandidatur. Doch die Zahl der erforderlichen Unterstützungssignaturen wurde bei weitem übertroffen, sodass Einschüchterungsversuche und Repressalien von vornherein aussichtslos waren. Die Liste musste zu der Wahl zugelassen werden.

„Sind Sie zufrieden?“

Die ersten Flügel: Mit einer fulminanten Serie von Flugblättern startete die KIV ihren ersten Wahlkampf: „Sind Sie zufrieden? Zufrieden mit der Gewerkschaftsvertretung, wie sie in den letzten vier Jahren praktiziert wurde? Haben Sie für Ihren Geschmack die Politik der Personalvertretung ausreichend mitbestimmen können? Wurden Sie gefragt, was Ihre Gewerkschaftsvertretung für Sie vertreten soll? Genügen Ihnen die Informationen, die Sie von Ihrem Gewerkschaftsvorsitzenden erhalten haben? Haben sich die letzten Gehaltserhöhungen bei Ihnen entscheidend ausgewirkt? Durchschauen Sie den Aufbau und die Entscheidungsstruktur unserer Gewerkschaft?“ Mit diesen Fragen wurden die KollegInnen der MA 12 und der MA 15 konfrontiert. Und mit einem echten Wahlprogramm, das sich gewaltig von dem der Mehrheitsfraktion unterschied.

Die Reaktionen auf die Kandidatur

In einem waren sich die etablierten Gewerkschaftsfraktionen (FSG = SPÖ; FCG/ÖAAB = ÖVP; GLB = KPÖ) von vornherein einig: Eine parteiunabhängige Namensliste hat in der von den Parteifraktionen beherrschten Gewerkschaft keine Überlebenschance. Das schöne Bild von der „Eintagsfliege“ wurde immer wieder strapaziert. Die „Eintagsfliege“ wurde 2008 dreißig Jahre alt und ist seit 1990 unbestritten die zweitstärkste Gruppierung in der PV und Gewerkschaft in Wien.

Der Schock am Wahltag

Alarm gleich nach Eröffnung des Wahllokales: Die Namensliste stand nicht auf dem Stimmzettel! Wer sie wählen wollte, musste den vollen Wortlaut in eine leere Spalte eintragen. Das war ziemlich angstbesetzt, dauerte dieser Vorgang doch auffällig länger als das übliche Kreuzerl-Malen. Außerdem konnten nur die persönlich bekannten KollegInnen vor dem Wahllokal informiert werden.

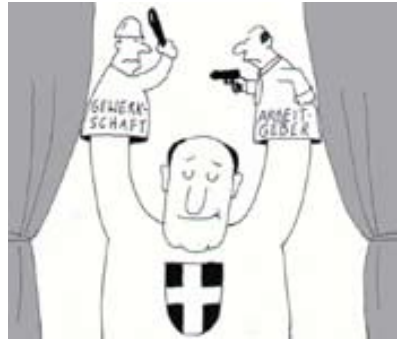
Auf Anhieb ein Mandat

Die Rechnung der „Machthaber“ ging nicht auf. Trotz der Schikane wurden 82 Stimmen für die KIV abgegeben. Das reichte für ein Mandat. Ein zweites wurde knapp verfehlt. Es begann ein mühsamer Lernprozess in Sachen Gremienarbeit. Eines wurde rasch klar: Ein noch so tolles Auftreten in den Sitzungen nützte wenig, weil die KollegInnen in den Dienststellen nichts vom „heroischen Wirken“ hinter verschlossenen Türen mitbekamen. Deshalb wurde sozusagen außerparlamentarisch eine starke Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, die bis heute das Markenzeichen der KIV geblieben ist. Slogan: „Wir arbeiten öffentlich – auch nach der Wahl!“

Die ersten vier Jahre oder: aller Anfang ist schwer

Beispiele unserer ersten Initiativen:

- Gegen Zensur: Wir beantragten die Streichung des „Maulkorbparagraphen“ in der Geschäftsordnung des Magistrats, der Bedienstete zwang, jeden Text, der irgendwie den Dienstbetrieb in der Stadt betraf, vor der Veröffentlichung dem Magistratsdirektor zur Genehmigung vorzulegen.
- Abschaffung der Dienstbeschreibung: Wir verlangten die ersatzlose Streichung des „Einschüchterungs- und Disziplinierungsinstrumentes“.
- Gehaltspolitik: Wir wollten eine überproportionale Begünstigung der KleinkommensbezieherInnen statt starrer Prozenterhöhungen.



Und vieles andere mehr.

„Gegen Gleichgültigkeit, Frust und Resignation“

Wahlen 1982: Statt des prophezeiten Endes der Namensliste brachten die Wahlen einen ersten Wachstumsschub. Neben der Dienststelle „Soziales und Gesundheit“

gab es Kandidaturen bei den Städtischen Büchereien, bei den Lehrlingsheimen, in der Stadt des Kindes, in der Geschäftsgruppe „Planung und Umwelt“ sowie in den Personalgruppenausschüssen „A“, „B“ und „C,D,E“ in der Hoheitsverwaltung.

Wieder nicht auf dem Stimmzettel

Was niemand für möglich gehalten hatte, passierte dann doch: Bei den Wahlen zu den Personalgruppenausschüssen in der Hoheitsverwaltung stand die KIV wieder nicht auf dem Stimmzettel. Ein Grund dafür, dass die KIV ab diesem Zeitpunkt die Kampagne zur Schaffung einer gesetzlich geregelten Wahl der Personalvertretung verstärkte. Ein „amtlicher“ Stimmzettel musste her, um die Willkür beim „Verein Gewerkschaft“ zu durchbrechen.

Kein Büro, kein Geld

Die KIV-Bürokratie bestand in den ersten Jahren aus einer Schachtel unter dem Bett, die zu den gelegentlichen Treffen in Kaffeehäusern und im Gewerkschaftshaus mitgenommen wurde. Geld von der Gewerkschaft gab es nicht. Flugblätter und sonstige Aufwendungen wurden ausschließlich von den AktivistInnen finanziert. Erst nach den Wahlen 1986 gab es Fraktionsgelder. Jeweils abhängig vom Wahlergebnis.

Die Wahlen 1986 wurden erstmals nach dem neuen Wiener Personalvertretungsgesetz ausgerichtet. Mit amtlichen Stimmzetteln und allem, was zu einer richtigen Wahl gehört. Von da an ging's bergauf mit der KIV: Kandidaturen in vielen neuen Dienststellen, Mandate auch in Spitälern und Pflegeheimen und sogar in den Personalgruppenausschüssen der Handwerklichen Verwendung, die vorher fast unerreichtbar schienen.

Das Lokal in der Odeongasse

Sichtbarer Ausdruck dieses Aufschwunges war das erste KIV-Lokal in der Odeongasse. Von der FÖJ mieteten wir den verwaisten „Club links“. Die Gewerkschaft machte 400.000 Schilling für neue Fenster und eine Heizung locker und genehmigte uns auch einen Auflagenkopierer. Lange Zeit war die Odeongasse sowohl Büro als auch Versammlungsraum. Die „Schachtel unterm Bett“ hatte ausgedient.

KIV mehrheitsfähig

Die Wahl 1990 brachte die ersten Mehrheiten: „Absolute“ im 2. Bezirk und „Relative“ in den Heimen für Jugendliche. Später gab's solche „Wunder“ noch im Pflegeheim Klosterneuburg, im Krankenhaus Korneuburg und im Preyer'schen Kinderspital. Ein Mehrheitsintermezzo gab's im Betriebsrat des Wien-Museums. Aktuell ist die KIV die stärkste Fraktion im Wiener Jugendamt, in der Nachfolge-

einrichtung des Wiener Sozialamtes (MA 40) und im Fonds Soziales Wien. Mandate gibt es auch in Linz, Wels und Graz.

1998: Festakt im Wiener Rathaus

Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der KIV stellte Bürgermeister Häupl den Festsaal des Wiener Rathauses für eine Feier zur Verfügung. Mehr als 1000 Gäste kamen. Die Untouchables mit Heli Deinboek geigten auf und der KIV-Chor hatte seinen bislang einzigen Auftritt, u.a. mit der heimlichen Hymne der österreichischen Sozialpartnerschaft „Waun's mein Herrl guat geht, geht's mia a guat!“

„30 Jahre Eintagsfliege“ feierte die KIV aus Kostengründen etwas bescheidener im „Casablanca“. Die GdG-Führung erschien fast vollzählig. Und die KIV-Vorsitzende erhielt das Goldene Ehrenzeichen der GdG. Wie sich die Zeiten ändern...



Exkurs: Die etwas andere Bildungsarbeit

Von Anfang an wurde gewerkschaftliche Bildungsarbeit in der KIV großgeschrieben. 55 KollegInnen nahmen 1981 an der ersten „Basisschulung“ im Haus Gloriettegasse teil. Zu einem Zeitpunkt, als die KIV gerade einmal ein Mandat in einem Dienststellenausschuss besetzte. Gewerkschaftsvorsitzender Rudi Pöder referierte „Besoldungsrecht“, Schani Margulies brachte die „Geschichte der Arbeiterbewegung“ näher. Frontal, wie das damals in der Schulungsarbeit noch üblich war. Methodisch hat sich die KIV sehr rasch emanzipiert: Warming-up, Workshops, moderierte Seminare, Outdoor-Training, Open Space sind nur einige Schlagworte dazu. Finanziert werden die Schulungen aufgrund einer Kontingentvereinbarung vom Bildungsreferat der GdG.

Exkurs: KIV-Positionen und Forderungen ...

... spiegeln sich in den Wahlprogrammen und in den Anträgen zu den Landeskongressen bzw. Gewerkschaftstagen wider. Eine Auswahl soll das breite Spektrum illustrieren.

- Abschaffung der MitarbeiterInnenbeurteilung
- Disziplinierungsinstrument Beurteilung und MOG sind unvereinbar
- Anhebung des Grundgehaltes, Abbau des Zulagendschungels
- Neues Besoldungssystem
- Ausgleich der Verluste durch die Pensionsreformen
- Mitwirkung der Betroffenen an der Besoldungspolitik
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Direktwahl des Frauenausschusses
- Demokratisierung der Gewerkschaft
- Einfluss der Mitglieder auf die Gewerkschaftspolitik – Urabstimmungen in wichtigen Fragen
- Reform der Personalvertretung
- Stärkung der Mitwirkungsrechte
- Unvereinbarkeit: Kein politisches Mandat im Gemeinderat oder Landtag für Gewerkschaftsfunktionäre/-funktionärinnen
- Keine Privatisierung und Ausgliederung öffentlicher Dienstleistungen
- Schluss mit prekären Arbeitsverhältnissen
- Gegen das Überhandnehmen wiederholter Befristungen, von Werkverträgen und freien DienstnehmerInnen

- Gerechte Verteilungspolitik – Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer
- Gegen den Missbrauch von Krankenständen durch den Dienstgeber
- Einheitliches Arbeitsrecht ja, Nivellierung nach unten nein!
- Ablehnung der Pensionsreformen im ASVG und bei BeamtInnen



Exkurs: Das Dilemma der Gremienarbeit

Es gibt wahrlich Lustigeres, als einem Gremium der Personalvertretung oder der Gewerkschaft anzugehören. Aber: zur Gremienarbeit gibt es keine Alternative. Lange Zeit lautete eine typische Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Allfälliges. Eine gezielte Vorbereitung war da unmöglich. Größtes Problem: der Fraktionismus. In den Fraktionssitzungen legt die Mehrheit ihre Positionen fest, bevor noch die Debatten in der allgemeinen Sitzung abgeführt wurden. Kein Wunder, dass die Wiederholung der Berichte und die Diskussionsbeiträge der Minderheitenvertreter als bloße Zeitverschwendung empfunden werden. Wiederholt hat die KIV daher vorgeschlagen, zuerst die überfraktionelle Sitzung mit allen Diskussionen abzuhalten und nötigenfalls für die fraktionelle Meinungsbildung kurz zu unterbrechen.





Die UGÖD

„Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (UGÖD) sind eine von sämtlichen politischen Parteien unabhängige Organisation mit der Zielsetzung, die Interessen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zu fördern und die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu verbessern. Wir treten für eine umfassende Demokratisierung der Gewerkschaft, der Arbeitswelt und der Gesellschaft ein und streben den Abbau aller ausbeuterischen, patriarchalen und lebensfeindlichen Verhältnisse der Menschen zueinander an. Wir sind in Personalvertretungen, Betriebsräten und in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst aktiv. Wir setzen uns ein für: Erhalt des öffentlichen Eigentums und Ausbau der öffentlichen Dienste; Gleichstellung und Gleichberechtigung der Frauen.“

So stellt sich die UGÖD auf ihrer Homepage kurz und knapp vor. Die Organisation ist seit der Gründung weit über den LehrerInnen-Bereich hinausgewachsen. UGÖD-Gruppen gibt es heute in Universitäten, Ministerien und auch in den ausgegliederten Bereichen des Bundes.

Das Selbstverständnis, sich in der Tradition gewerkschaftlicher Arbeit zu sehen, im Einsatz um bessere Arbeitsbedingungen und Gehälter, soziale und demokratische Rechte und in Solidarität mit anderen ArbeitnehmerInnengruppen, war anfangs ungebrochen vorhanden, wurde allerdings rasch getrübt und auf eine harte Probe gestellt: einerseits durch die lange Weigerung der Gewerkschaft, d.h. verschiedener Sektionen der GÖD, uns entsprechend den Wahlergebnissen die Sitze in Gewerkschaftsgremien, Anteile an Fraktionsgeldern und überhaupt den Fraktionsstatus zuzuerkennen, andererseits vergräme die generelle Gewerkschaftspolitik immer wieder UGÖD-MitarbeiterInnen, sodass auch Protestaustritte stattfanden. Das begann bei der harten Haltung des ÖGB im Kampf um die Hainburger Au und setzte sich fort in den unverständlichen Zustimmungen zu Bildungsabbau, Sparpolitik etc.



Presseaussendung der UGÖD

Demokratiedefizit und Rechenprobleme bei FCG und GÖD: „Pisa lässt grüßen!“

Die überfällige Anerkennung der drittstärksten Fraktion Unabhängige GewerkschafterInnen in der GÖD einmal mehr ignoriert.

Wien (OTS) – „Die Demokratisierung der FCG-dominierten GÖD ist derzeit auf Eis gelegt. Die überfällige Anerkennung der Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD (UGÖD) als drittstärkste Fraktion wurde verweigert, der WählerInnenwille tausender kritischer Gewerkschaftsmitglieder ignoriert, die ihre Stimme den Listen der UGÖD gegeben haben“, kritisieren Reinhard Sellner und Ilse Sirinek vom Vorsitzteam der UGÖD die Verweigerung der Fraktionsanerkennung und damit auch Sitz und Stimme im GÖD-Vorstand durch die GÖD.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen-UGÖD sind in 8 Sektionen der GÖD durch aktive Betriebsräte, PersonalvertreterInnen und GewerkschaftsmandatarInnen auf Betriebs-, Landes- und/oder Bundesebene vertreten. Das Organisationsreferat der GÖD billigt der UGÖD einen Stimmenanteil von 6,87% zu, bei den zuletzt stattfindenden Personalvertretungswahlen des Bundes und der PflichtschullehrerInnen erreichte die UGÖD knapp 10 % der Stimmen. „Der Vorstand der GÖD besteht aus 18 Mitgliedern. 6,87% von 18 sind größer als 1 (genauer 1,2366). Ein Mandat wurde der UGÖD trotzdem verwehrt. Es zeigt von ungenügenden Mathematikkenntnissen, wenn die Wahlvorschlagskommission auf eine Zahl kleiner als 1 kommt“, urteilt Sellner grundrechnerische Defizite in der GÖD.

Die UGÖD hat entgegen allen FCG-Behauptungen ihren Anspruch auf das Vorstandsmandat beim Vorsitzenden Neugebauer und dem Organisationsreferat angemeldet. Reinhard Sellner wurde als Vertreter der UGÖD für den Vorstand bereits Wochen vor dem Gewerkschaftstag nominiert.

„Mit der neuerlichen Ignoranz gegenüber der UGÖD-Fraktion stellen sich die GÖD-FCG/ÖAAB/ÖVP-FunktionärInnen in Sachen Demokratie ein Armutszeugnis aus. Der FSG ist das anscheinend recht, sie hielt still und verlor kein Wort. FSG-Vorsitzender Holzer erntete dafür und für den Schulterchluss mit der FCG in Sachen ÖGB-Reform immer wieder Dank und Anerkennung“, schließt Sirinek.



Wer ist „we4you/UG“?

Grundsätze und Strukturen

„we4you“ ist eine unabhängige Gruppierung in der Personalvertretung der Telekom Austria AG und in der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten. Auf der Homepage ist zu lesen:

Die Telekom braucht eine neue Personalvertretung!

- wir sind politisch unabhängig ...
- wir sind keine Befehlsempfänger von Parteisekretariaten ...
- wir sind ein engagiertes Team ...
- wir setzen uns für Eure Rechte ein ...
- wir lassen uns weder kaufen noch einschüchtern ...
- wir wollen unser aller Zukunft gemeinsam mit Euch konstruktiv gestalten ...
- wir sind für Euch da!



Bei der ersten Kandidatur im Jahre 2002 wurden, trotz massiver Wahlbehinderungen, sieben we4you/UG-KandidatInnen von den KollegInnen zu PersonalvertreterInnen gewählt.

Wir haben erkannt, dass nur ein entschiedenes Auftreten gegen die enge Kooperation der anderen Fraktionen der Telekom-Personalvertretung mit der Unternehmensleitung (oder der Regierung!) den stetig voranschreitenden Personalabbau „um jeden Preis“ und den Verlust der Rechte der MitarbeiterInnen stoppen kann. Dabei versuchen wir Aufklärungsarbeit in enger Zusammenarbeit mit den Interessensvertretungen (AK und ÖGB) zu leisten und den betroffenen KollegInnen Mut und Unterstützung zur Selbsthilfe zu bieten.

Ein weiteres Anliegen ist es uns, gegen „Mobbing von oben“ aufzutreten und zu verhindern, dass weiterhin MitarbeiterInnen gegeneinander ausgespielt werden.

Unsere Ziele sind:

- Kein Fraktionszwang in Personalvertretung und ÖGB
- Kinderbetreuungsplätze in der Telekom Austria für berufstätige MitarbeiterInnen
- Keine schrittweise Beschneidung bestehender Arbeitnehmerrechte
- Eine Woche Bildungsfreistellung (wie beim KV-Abschluss versprochen) für alle MitarbeiterInnen – also auch für BeamtInnen
- Weg mit den unfairen Klauseln in Dienstverträgen (z.B. All-Inclusive, Konkurrenzklausele, Ausbildungsrückerstattung etc.)
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Verbesserung der Unternehmenskultur und internen Kommunikation
- Verbesserung der Gehaltssituation
- Keine Beschneidung bestehender Rechte der MitarbeiterInnen
- Aufzeigen der Verantwortung des Managements
- Keine weiteren Umstrukturierungen ohne Konzepte
- Kein „Mobbing von oben“ (kein Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander)

Aussendungen von „we4you“

Stopp dem Personalabbau!

Der amtierende ZA-Vorsitzende Kolek von der FSG streut in einem Interview mit der „Presse“ im September 2006 den Vorständen der TA Rosen und meint stolz: „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht – 9000 Arbeitsplätze abgebaut.“

Wir fordern einen sofortigen Stopp des Personalabbaus und ein sofortiges Ende der Päckelei des Zentralausschusses mit der Unternehmensleitung. Als unabhängige PersonalvertreterInnen werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir sehen es als unsere Hausaufgabe, Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen – nicht sie abzubauen.

Entpolitisierung der Personalvertretung!

Von den VertreterInnen der Parteilisten FSG und FCG kommt es speziell in letzter Zeit – vor allem während des Nationalratswahlkampfes – immer öfter vor, dass Informationen, die sich größtenteils auf Gerüchte stützen, an die MitarbeiterInnen kommuniziert werden. Unserer Meinung nach eine völlig verfrühte und unnötige Handlung! Die MitarbeiterInnen werden dadurch völlig verunsichert.

Wir lehnen die Politisierung von Themen der Personalvertretung und die wahlkampfaktische Vorgangsweise von den Partei-Fraktionen FSG und FCG ab. Wir wollen für Fragen und Probleme aller MitarbeiterInnen als kompetente PersonalvertreterInnen offen sein. Die politische Ideologie interessiert uns dabei nicht, sondern ausschließlich die Vertretung der Interessen der KollegInnen.





UG Vida – vormals GUG

Unabhängige GewerkschafterInnen in der Vida

Das Projekt UG-Vida startete schon vor mehr als sieben Jahren. 2001 wurde die Gewerkschaftsorganisation „Grüne und Unabhängige EisenbahnerInnen – GUG“ aus der Taufe gehoben.

Bei den kurz darauf durchgeführten Personalvertretungswahlen bei den ÖBB konnte ein Achtungserfolg erreicht werden.

Wermutstropfen dabei war, dass der GUG von Seiten der Sozialdemokratischen Fraktion (FSG), trotz Erfüllung des Anforderungsprofils, der Fraktionsstatus verweigert wurde.

Nach der Zerschlagung der ÖBB durch die Koalitionsregierung von Schwarz-Blau-Orange und der damit verbundenen Umwandlung in eine Holding mit untergeordneten Aktiengesellschaften, fiel auch die so genannte „Personalvertretungswahlordnung“ dieser Entscheidung zum Opfer. An ihre Stelle trat die nach dem Arbeitsverfassungsgesetz vorgesehene Betriebsratswahlordnung mit all ihren minderheitenfeindlichen Auswüchsen.

2005 wurde auf Basis dieser Wahlordnung zum ersten Mal im ÖBB-Konzern gewählt. Gemeinsam mit der Unabhängigen LokführerInnen Vertretung (ULV) gelang es der GUG, zur zweitstärksten Fraktion gewählt zu werden.

Dies hatte zur Folge, dass der GUG der Fraktionsstatus nicht länger verweigert werden konnte. Dazu beigetragen haben auch die KollegInnen von den Wiener Lokalbahnen, welche bei den dort stattgefundenen Betriebsratswahlen – unter der Listenbezeichnung „Unabhängige GewerkschafterInnen – Wiener Lokalbahnen / UG-WLB“, auf Anhieb in den Betriebsrat einzogen.

Im Dezember 2006 erfolgte der Zusammenschluss von Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE), der Gewerkschaft Hotel- Gastgewerbe und Persönlicher Dienst (HGPD) sowie der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr (HTV) zur Dienstleistungsgewerkschaft Vida.

Die GUG war in der Vida im Bundesvorstand vertreten. Sie stellt auch den Vorsitzenden des Kontrollausschusses.

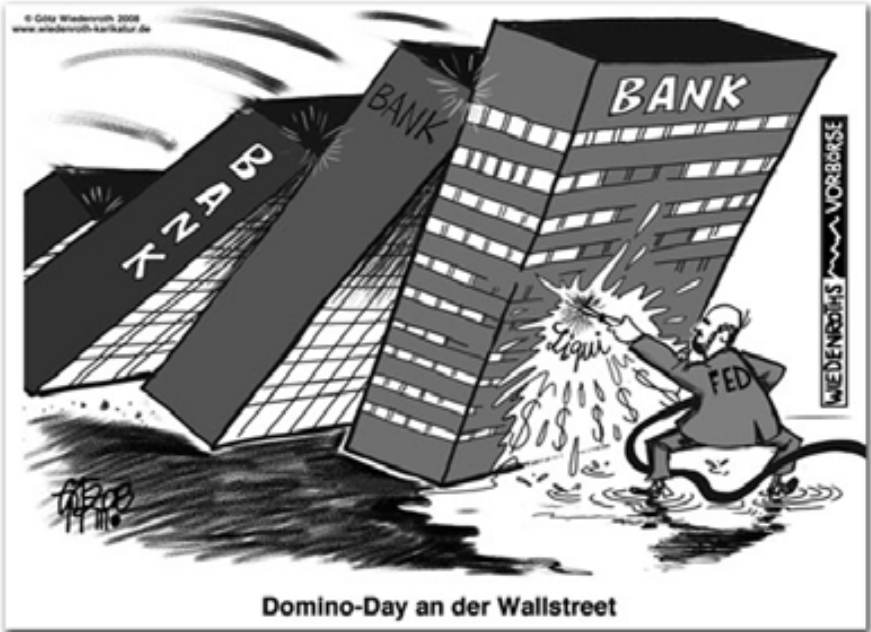
Im März 2007 haben die Grünen und Unabhängigen EisenbahnerInnen auf diese organisatorischen Änderungen reagiert und die „Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Vida“ neu aufgestellt.

Derzeit bekennen sich BetriebsrätInnen und auch Vorsitzende aus dem Verkehrs- und Persönlichen Dienst-Bereich zur UG-Vida.

Wir arbeiten intensiv daran, dass sich unsere Fraktion in so vielen Bereichen wie möglich innerhalb der Vida verbreitert.



Die UG beim großen Eisenbahnerstreik in der Halle des Westbahnhofes



UG-Vida zur Finanzkrise

ÖBB wird von Lehman Brothers ausgebremst

Die Finanzkrise fährt ein zweites Mal in den ÖBB-Bahnhof ein. Nach den Buchverluste produzierenden Spekulationsgeschäften droht aus der Pleite von Lehman Brothers ein Millionenverlust.

Wien – Die Österreichische Bundesbahn ist nicht eben vom Glück verfolgt: Nach dem Debakel mit den bis dato nur (Buch-)Verluste produzierenden Spekulationsgeschäften im Volumen von 612,9 Millionen Euro fährt nun die Lehman-Pleite voll ein: In dem an der Nulllinie herumkurvenden Postbus könnte die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im schlechtesten Fall eine rote Spur von 9,3 Millionen Dollar (6,3 Mio. Euro) ziehen. Der Verlust könnte aus – im Rahmen von mit japanischen Partnern durchgeführtem Cross-Border-Leasing auf Postbusse – Wertpapieren drohen, die von Lehman Brothers emittiert wurden und nun wackelig, beziehungsweise wertlos wurden.

In der Bahn bestreitet man die Involvierung in die Finanzkrise gar nicht, Details zu den insgesamt 17 zwischen 1995 und 2005 durchgeführten

Cross-Border-Leasings (CBL) nannte man unter Hinweis auf die auf hunderterten Vertragsseiten fixierte Verschwiegenheitspflicht nicht. Von den 17 CBL entfielen laut Standard-Recherchen drei auf den damals noch bei der Verstaatlichtenholding ÖIAG angesiedelten Postbus.

Dass bei der hochverschuldeten Staatsbahn über die – seinerzeit unter Postbus-Chefin Wilhelmine Goldmann und ÖIAG-Vorstandsdirektor Peter Michaelis abgeschlossenen – CBLs hinaus weitere „Leichen“ aufschwimmen könnten, wie ÖBB-Aufsichtsratsmitglieder befürchteten, schließt man „nach derzeitigem Stand der Dinge“ aus. Denn aus den (Buch-)Verluste und Millionenrückstellungen produzierenden Spekulationsgeschäften (CDOs, Collateralized Debt Obligations) habe man Lehman Brothers „unmittelbar vor der Lehman-Pleite hinausgetradet“, wie ein ÖBB-Sprecher – hörbar erleichtert – sagt.

Die finanziellen Vorteile der CBLs sind derzeit im Übrigen alles andere denn überschaubar. Im Gegenteil. Neben der Lehman-Pleite verursacht auch American International Group (AIG) Nervosität, fungiert der zweitgrößte Versicherungskonzern der Welt bei mindestens einem der insgesamt drei Postbus-CBLs doch als Tilgungsgeber.

Geld nicht in Gefahr

Man fürchtet um Leasingraten für die nächsten 25 Jahre in Höhe von mindestens 80 Millionen Dollar für Wagenmaterial. Bei diesen Transaktionen diente AIG als Depotbank für die Leasingraten. Das Geld selbst sollte bei den ÖBB ebenso wenig in Gefahr sein wie bei den CBLs der Innsbrucker Kommunalbetriebe, weil das Geld im Normalfall in konkurs sichereren Zweckgesellschaften gebunkert ist, die im Fall eines Bankrotts nicht in die Konkursmasse fallen. Allerdings werden Kosten in Millionenhöhe anfallen, weil die Depots zu anderen Geldhäusern umgeschichtet werden müssen.

Probleme wie diese werden in den nächsten ÖBB-Aufsichtsratssitzungen für Diskussionen sorgen. Den Anfang machen am 2. Oktober Postbus, Traktion GmbH und Technische Services. Am spannendsten wird wohl die Postbus-Sitzung, in der soll die Bestellung des zweiten Postbus-Geschäftsführers fallen. Die besten Chancen, dem in die Strategie-Abteilung der ÖBB-Holding aufrückenden Andreas Fuchs zu folgen und im Postbus neben Christian Eder Platz zu nehmen, werden Thomas Auböck (Post AG) und Christian Moser (Fachverband der Autobusunternehmen) nachgesagt. (Luise Ungerboeck, DER STANDARD, Printausgabe, 24.9.2008).

Fotogalerie: UG aktiv



Demo Weltwirtschaftsforum 2002 in Salzburg



1. ÖGB-Großdemo 2001



ÖGB-Straßenaktion für soziale Gerechtigkeit



UG-Konferenz 1999 im Austria-Center



Kundgebung vor der Sitzung des ÖGB-Bundesvorstandes im Palais Strudlhof (2003)



Donnerstag-Demo gegen Schwarz-Blau (2002)

Die Plattform der UG

Beschluss des gemeinsamen Plattfortextes der Unabhängigen GewerkschafterInnen auf der UG-Konferenz am 17./19.02.2006 in Salzburg:

Die ÖGB-Fraktion „Unabhängige GewerkschafterInnen“ (UG) versteht sich als Zusammenschluss überparteilicher und parteiunabhängiger Listen auf allen Ebenen der betrieblichen Interessensvertretung und der Gewerkschaften. Sie bekennt sich zu den Grundsätzen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, insbesondere zu § 3 Abs. 1 des Statuts:

„Der ÖGB ist in Verfolgung seines Zwecks zu einem kraftvollen Mitwirken an der steten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung Österreichs, zur Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes, zur Bekämpfung des Faschismus, jeder Reaktion und aller totalitären Bestrebungen, zur Mitarbeit an der Sicherung des Weltfriedens sowie zum unentwegten Kampf zur Hebung des Lebensstandards der ArbeitnehmerInnen Österreichs und zum Einsatz für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern berufen und verpflichtet.“

Die UG sucht zur Verwirklichung ihrer Ziele und Inhalte die Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen, welche eine emanzipierte, demokratische, solidarische Gesellschaft zum Ziel haben. Die UG und ihre Säulen stehen GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen, Behinderten- und Jugendvertrauensleuten, die die Ziele und Inhalte der UG teilen und unterstützen, als Plattform zur gewerkschaftlichen und betrieblichen Betätigung offen. Die UG lehnt jede Zusammenarbeit und Kooperation mit rechtsextremen/rechtspopulistischen, in „national-freiheitlicher“ Tradition stehenden und/oder antidemokratisch orientierten Gruppierungen und Personen ab.

Die UG tritt für mehr Demokratie im ÖGB ein:

- Autonomie der Gewerkschaften im Verhältnis zu Parteien und Staat
- Demokratische direkte Wahlen im gesamten ÖGB
- Aktivierung und Unterstützung der Betroffenen statt bevormundender StellvertreterInnenpolitik
- Ausbau der Informations- und Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaftsmitglieder
- Rechenschaftspflicht von GewerkschaftsmandatarInnen gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern
- Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Gruppierungen wie Sozial-, Frauen-, Ökologie-, Antirassismus- und globalisierungskritischen Initiativen

- Einbindung und Vertretung von sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindenden und erwerbsarbeitslosen Personen
- Verstärkte Einbindung und Vertretung von MigrantInnen
- Neue Formen und Intensivierung der internationalen Tätigkeit der Gewerkschaften

Die „UG“ steht für:

- kämpferische Gewerkschaften im Sinne der ArbeitnehmerInnen
- eine Steuer- und Wirtschaftspolitik sowie eine gewerkschaftliche Lohn- und Arbeitszeitpolitik, die eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten gewährleistet
- einen verantwortungsvollen, nachhaltigen Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen
- neue Formen der Mindestsicherung für alle
- eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit – der wöchentlichen, der jährlichen und der Lebensarbeitszeit
- ein existenzsicherndes öffentlich finanziertes Pensionssystem
- eine tatsächliche Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft und in den Gewerkschaften
- die Gleichstellung von Personen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, im Arbeitsleben, im politischen, gesellschaftlichen und im sozialen Bereich
- mehr Demokratie und Selbstbestimmung in Gesellschaft und Arbeitswelt
- den Erhalt und Ausbau qualitativ hochwertiger, demokratisch kontrollierter und gestalteter öffentlicher Dienstleistungen vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur, Verkehr, Wissenschaft, Forschung, Information und Arbeitsmarkt
- die Schaffung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst und in der Gemeinschaft (Bund, Länder, Gemeinden) statt Personalabbau, Privatisierung, Ausgliederung und fortgesetzter Deregulierung der Arbeitsverhältnisse
- Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse
- Initiativen gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Faschismus in Gewerkschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft
- Transparenz und respektvollen Umgang miteinander

UNTER EINEM DACH

UG

Unabhängige GewerkschafterInnen
Blumauergasse 22/3, 1020 Wien
Telefon 01/216 52 72
E-Mail: ug@oegb.at
Internet: www.ug-oegb.at

AUGE/UG

Alternative und Grüne GewerkschafterInnen
Belvederegasse 10/1, 1040 Wien
Telefon: 01 / 505 19 52
E-Mail: auge@ug-oegb.at
Internet: www.auge.or.at

KIV/UG

Namenslistenverbund
Konsequente Interessenvertretung
Blumauergasse 22/3, 1020 Wien
Telefon: 01 / 216 52 72
E-Mail: kiv@kiv.at
Internet: www.kiv.at

UGÖD

Unabhängige GewerkschafterInnen
im Öffentlichen Dienst
Belvederegasse 10/1, 1040 Wien
Telefon: 01 / 505 19 52
E-Mail: office@ugoed.org
Internet: www.ugoed.at

UG Vida in der Gewerkschaft Vida

Margaretenstraße 166, 1050 Wien
z.H. Orsolits Herbert
Telefon: 0664 / 614 57 11
E-Mail: herbert.orsolits@vida.at
Internet: www.ug-vida.at

we4You (Telekom)

Herbert Tischler: 0664 / 629 70 18

MR PMB ITSA (VPA-Mitglied)

E-Mail: we.4you-ug@aon.at

Internet: www.members.aon.at/we4you-ug



Die *ALTERNATIVE*
zum Medien-Eintopf

Herausgegeben von
UG – Unabhängige GewerkschafterInnen.
Jahresabonnement 15 Euro (8 Hefte),
Abbestellungen bzw. Probehefte an: Alternative,
Belvederegasse 10/1, 1040 Wien,
Telefon (01) 505 19 52, Fax(01) 505 19 52-22
alternative@ug-oegb.at, www.ug-oegb.at

Zu dieser Skriptenreihe gibt es für Gewerkschaftsmitglieder die Möglichkeit, einen kostenlosen Fernlehrgang zu absolvieren. Für die Anmeldung zum Fernlehrgang gibt es zwei Möglichkeiten:

- entweder übers Internet unter www.voegb.at/fernlehrgang
- oder telefonisch unter **01/534 44-444**

Fernlehrgang – so funktioniert's

Bei dieser Skriptenreihe befinden sich Fragen am Ende der Skripten, die zur Absolvierung des Fernlehrgangs durchzuarbeiten sind. Die Antworten auf diese Fragen können entweder per E-Mail oder per Post an den VÖGB (Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung) geschickt werden:

E-Mail: **bildung@oegb.at**

Adresse: **Fernlehrgang des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
Laurenzerberg 2
1010 Wien**

Die Antworten werden von den AutorInnen korrigiert und an die AbsenderInnen retourniert, daher bitte unbedingt Namen und Adresse/E-Mail-Adresse angeben.

Wenn alle Fragen einer Skriptenreihe entsprechend beantwortet wurden, wird ein Zertifikat für die Absolvierung des Fernlehrgangs ausgestellt und per Post zugeschickt.

Die Fragen zu diesem Skriptum befinden sich auf der nächsten Seite.

Viel Erfolg!


Fragen zu Politik und Zeitgeschehen 3


TeilnehmerInnen des Fernlehrgangs bitten wir, folgende Fragen zu beantworten:


1. Wie wirkten sich die Ereignisse 1968 auf die Gewerkschaften aus?
2. Was waren die Haupthindernisse für die Anerkennung der UG im ÖGB?
3. Warum hat sich die Gewerkschaftliche Einheit (GE) 1997 in AUGÉ umbenannt?
4. Was forderte die AUGÉ (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen) im Zusammenhang mit dem Bankenpaket?
5. Worauf legte die KIV von Anfang an großen Wert? (Privilegien für Aktivisten? Öffentlichkeitsarbeit?)
6. Wofür setzt sich die UGÖD in ihrer Grundsatzklärung ein (in Bezug auf Beschäftigte und Öffentlichen Dienst)?
7. Nenne einige Grundsätze der UG-Gruppe „we4you“.
8. Wodurch waren die ÖBB in die Finanzkrise 2008 involviert?

SKRIPTEN ÜBERSICHT

VOGB

SOZIALRECHT 	
SR-1	Grundbegriffe des Sozialrechts
SR-2	Geschichte der sozialen Sicherung
SR-3	Sozialversicherung – Beitragsrecht
SR-4	Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil
SR-5	Pensionsversicherung II: Leistungsrecht
SR-6	Pensionsversicherung III: Pensionshöhe
SR-7	Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil
SR-8	Krankenversicherung II: Leistungsrecht
SR-9	Unfallversicherung
SR-10	Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil
SR-11	Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht
SR-12	Insolvenz-Entgeltsicherung
SR-13	Finanzierung des Sozialstaates
SR-14	Pflegesicherung
SR-15	Sozialhilfe
Diese Reihe ist in Fertigstellung; die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.	

ARBEITSRECHT 	
AR-1	Kollektive Rechtsgestaltung
AR-2A	Betriebliche Interessenvertretung
AR-2B	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates
AR-2C	Rechtstellung des Betriebsrates
AR-3	Arbeitsvertrag
AR-4	Arbeitszeit
AR-5	Urlaubsrecht und Pflegefreistellung
AR-6	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall
AR-7	Gleichbehandlung im Arbeitsrecht
AR-8A	Arbeitnehmerschutz I: Überbetrieblicher Arbeitnehmerschutz
AR-8B	Arbeitnehmerschutz II: Innerbetrieblicher Arbeitnehmerschutz
AR-9	Beendigung des Arbeitsverhältnisses
AR-10	Arbeitskräfteüberlassung
AR-11	Betriebsvereinbarung
AR-12	Lohn(Gehalts)exekution
AR-13	Berufsausbildung
AR-14	Wichtiges aus dem Angestelltenrecht
AR-15	Betriebspensionsrecht I
AR-16	Betriebspensionsrecht II
AR-17	Betriebspensionsrecht III
AR-18	Abfertigung neu
AR-19	Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten
AR-20	Arbeitsrecht in den Erweiterungsländern
AR-21	Atypische Beschäftigung
AR-22	Die Behindertenvertrauenspersonen

GEWERKSCHAFTSKUNDE 	
GK-1	Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung
GK-2	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945
GK-3A	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in der Zweiten Republik, Teil 1: ÖGB 1945 bis 1955
GK-3B	Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in der Zweiten Republik, Teil 2: ÖGB 1956 bis 1982
GK-3C	Vom 1. bis zum 16. ÖGB-Bundeskongress
GK-4	ÖGB-Statuten, Geschäftsordnung des ÖGB
GK-7	Die Kammern für Arbeiter und Angestellte

Anmeldungen zum Fernlehrgang des ÖGB:

ÖGB-Referat für Bildung, Freizeit, Kultur

1010 Wien, Laurenzerberg 2 • Telefonische Auskunft 01 / 534 44 / 444 Dw.